

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-71676](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-71676)

Der Ammerländer

(Zensurpflicht Nr. 5)

erschint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Anbahnstellen nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einseitige Kleinzeile (ober deren Raum) für Vorkosten aus dem Hergogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Abgabe unvollständiger Geschäftsbriefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Rückporto bei Abgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 16.

Westerstede, Sonntag den 19. Januar 1919

59. Jahrgang

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Der Waffenstillstand verlängert.

Scharfe Auseinandersetzungen zwischen Erzberger und Foch. Berlin, 17. Januar.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes ist gestern nachmittags in Trier von Staatssekretär Erzberger unterzeichnet worden.

Wie das erstemal so ist auch jetzt die Verlängerung des Waffenstillstandes für einen Monat vereinbart, oder richtiger gesagt, von den Gegnern gewährt worden. Das die neuen uns auferlegten Bedingungen, nämlich fast unüberwindlich, rechtlich durch unser Verhalten und durch das Völkerrecht nicht zu stützen und moralisch durch nichts zu entschuldigen sind, bedarf keines Nachweises. Frankreich, dessen Geist aus allen Bedingungen der Entente anmet, will das wehrlose Deutschland demütigen. Da die deutsche Waffenstillstandskommission den Vertrag unterzeichnet hat, der der Regierung ursprünglich unannehmbar erschien, ist anzunehmen, daß die Entente noch im letzten Augenblick weitestgehende Mißbräuche ausgeübt hat.

Die Regierung lehnt die Verantwortung ab. Berlin, 17. Januar.

Wie wir hören, lagen bis heute mittag noch keinerlei Mitteilungen darüber vor, in welcher Form Staatssekretär Erzberger die neuen Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet hat. Das hat seinen Grund einerseits in der vollkommen unangenehmen Verbindung zwischen Trier und Berlin, welche es der Reichsleitung fast unmöglich machten, sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten. Andererseits bedurfte die von den Feinden gestellte kurze Frist für die Unterzeichnung, daß keines der in Frage kommenden Reichsämter sich auch nur äußern konnte. Das unter der Leitung Dr. Müllers stehende Reichswirtschaftsamt lehnt denn auch jede Verantwortung ab und ist der Ansicht, daß die verlangte Auslieferung landwirtschaftlicher Maschinen die Organisation der Hungersnot in Deutschland bedeuten könne. Ebenso weist das Reichsernährungsamt unter dem Volksbeauftragten Wurm jede Verantwortung ab.

Ein Rededuell.

Ergebnislose deutsche Einsprüche.

Folgender Bericht aus den Verhandlungen in Trier gibt einen Überblick über den Geist und die Stimmung, in denen die Aussprache stattfand. Foch teilte unter anderem mit, daß Finanzdelegierte der Entente erschienen seien, um zugleich mit den Finanzkommissaren Deutschlands zu verhandeln. Diese Verhandlungen, sowie die einer zweiten Unterkommision von Fachleuten über die Zusammenfassung der deutschen Handelsliste für die Beschaffung von Lebensmitteln für Deutschland und Europa fanden ebenfalls gestern statt. Es entspann sich dann folgendes Zwiegespräch:

Foch: Ich überreichte Ihnen ein Schriftstück, die blau angezeichneten Stellen enthalten die Bedingungen. Am 17. Januar morgens 8 Uhr läuft der Waffenstillstand ab. Ich erwarte eine Antwort bis morgen den 18. Januar vormittags. Erzberger: Ich muß eine Frage stellen: Für welche Frist ist die Verlängerung in Aussicht genommen? Foch: Wie bisher für einen Monat.

Staatssekretär Erzberger verliest nunmehr die Rede welche diesmal im Gegensatz zur früheren Besorgnis des französischen Dolmetschers abchnittsweise überlesen wird. Foch hört gespannt zu und wird erregt, sobald sein Name fällt.

Es kommt im Anschluß daran zu lebhaften Debatten, in deren Verlauf sich herausstellte, daß Protokolle der deutschen Waffenstillstandskommission dem französischen Oberkommandierenden nicht ausgereicht worden sind. Er vertritt hinsichtlich der deutschen Behauptung des Eisenbahnmaterials begreiflich die Auffassung der Entente. Die folgende Aussprache über die Auslieferung des Art. 8, wonach die Teilnahme an Kriegsmassnahmen, die zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages stattfanden, nicht strafbar sein soll, gefolgt sich besonders dramatisch.

Erzberger: Ich muß darauf hinweisen, daß trotz der gegebenen Aufzeichnungen eine Reihe von Verleumdungen, die im guten Glauben Anbuhlermaterial von den deutschen Militärbehörden übernommen haben, jetzt von den Alliierten verfolgt und ins Gefängnis geleitet wurden. Es liegen hier ausführliche Fälle von Teilnahme an den im 8. bestehenden Kriegsmassnahmen vor, die nach dem Waffenstillstandsabkommen straflos sind.

Foch: Es handelt sich nur um die Teilnahme an Kriegen; nur Kriegsmassnahmen im engeren Sinne des Wortes ist Strafrecht ausgelast.

Erzberger: Diese Auslegung ist mit ganz neu. Sie nimmt mit den Motiven und dem Wortlaut des Artikels nichts überein, denn es liegt durchaus eine Teilnahme an Kriegsmassnahmen vor, wenn, wie es in Eisenbahnmaterial und im Eisenbahnmaterial geschieht, ein Anbuhlerer auf Wunsch der deutschen Militärbehörden Maschinen kauft, um die Kriegsproduktion zu steigern. Es ist eine Härte und Unbilligkeit, jemand wegen gutgläubig und rechtmäßig durchgeführter Einkäufe ins Gefängnis zu werfen. Ich erwarte, daß Marshall Foch über diese einzelnen Fälle eine Untersuchung anordnet

und nach Einsicht in den Laibbestand die widerrechtlich Verkauften freiläßt.

Foch: Ich erkläre mich bereit, die Fälle zu untersuchen. Den Höhepunkt erreicht die Aussprache, als Staatssekretär Erzberger das Kapitel der Ausweilungen der Deutschen aus Eisenbahnmaterial in Angriff nimmt.

Foch: Die Ausweilungen aus Eisenbahnmaterial haben mit der französischen Regierung gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um rein militärische Eroberungen.

Erzberger: Das war im Kriege, jetzt sind wir im Waffenstillstand. Foch: Frankreich lebt mit Deutschland nicht im Frieden. Ich bin Soldat. Wo kein Friede ist, ist Krieg, ein drittes gibt es nicht.

Erzberger: Das Dritte ist eben der Waffenstillstand. Foch: Lassen wir dieses Kapitel. Die Bilanz von Alle und Nordfrankreich würde nicht zu Ihren Gunsten ausfallen. Im dem Kriegszustand in Eisenbahnmaterial wird nichts geändert.

Endlich kam es zu ersten Auseinandersetzungen, als Staatssekretär Erzberger erklärte, Deutschland werde nicht der Finanzklave der Alliierten sein. Alle Einwendungen fertigt Marshall Foch mit der Erklärung ab, es handle sich dabei um Finanz-, also Rechtsfragen, während hier nur Kriegsfragen verhandelt werden sollen. Um eine Anfrage über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Türkei erteilt zunächst weder Foch noch der amwesende englische Vertreter eine Antwort. Endlich laut Foch nach vielfachen Drängen eine Prüfung der Frage zu.

Die deutsche Friedensabordnung.

Scheidemann und Graf Brockdorff-Rantau.

Bei einer Wahlrede in Kassel teilte Volksbeauftragter Scheidemann mit, daß die deutsche Friedensabordnung von ihm selbst und dem Staatssekretär des Äußeren, Graf Brockdorff-Rantau geführt werde.

Mit Bezug auf die neuen schärferen Forderungen der Entente anläßlich der Verlängerung des Waffenstillstandes erklärte Herr Scheidemann: Wenn die Entente glaubt, Deutschland für alle Zeiten ruinieren zu müssen, mag sie auch selbst die Verantwortung tragen. Man wird schnell genug zur Vernunft kommen; denn das hungrierende Deutschland ist der Boden, über den die russische Welle des Bolschewismus hinweggehet, ohne an den Grenzen Frankreichs und Englands halt zu machen. Wenn die Entente glaubt, uns vernichten zu können, dann kann sie es nur um den Preis, daß sie selbst dabei zugrunde geht.

Wir haben trotz der schwierigen Lage einen solchen Gegner gegenüber den guten Willen, Frieden zu schaffen. Ich soll ganz besonders deshalb der deutschen Friedensabordnung angehören, um aller Welt zu zeigen, daß ein neues Regiment in Deutschland besteht, ein sozialistisches und demokratisches Deutschland. Es ist klar, daß für unsere Verhandlungen nur das Wilsonsche Programm in Frage kommen darf.

Zum Schluß teilte der Volksbeauftragte mit, daß die Nationalversammlung wahrscheinlich am 6. Februar zusammentreten werde.

Die Ziele der deutschen Unterhändler.

Die Reichsregierung hat sich vor einigen Tagen mit der Aufstellung der Richtlinien für die Friedenskonferenz beschäftigt. Es wurde beschlossen, daß den beiden Führern Graf Brockdorff-Rantau und dem Volksbeauftragten Scheidemann ein großer Etat diplomatischer, wirtschaftlicher, finanztechnischer und rechtspolitischer Mitarbeiter beigegeben werden solle. Die Delegation wird sich trifft auf den Standpunkt des Wilsonschen Programms stellen und alle Forderungen ablehnen, die darüber hinausgehen, sie wird sich der Weiterführung des Wirtschaftskrieges nach dem Friedensstillstand widersetzen und für die sofortige Aufhebung aller wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen eintreten. Damit soll zugleich die wirtschaftliche Annäherung der Völker angebahnt werden, wozu auch die internationale Regelung der Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung gehört.

Ferner wird die Vereinbarkeit der Abrüstung auf Lande, zu Wasser und in der Luft erklärt werden. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Vermittlung aller gesungenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben. Bei der Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler den großen Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker ebenso wohl zugunsten anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und estonisch-lituanische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vor schläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern.

Aufhebung der Republik Cuxhaven.

Es bleibt alles beim alten.

Gumburg, 17. Januar.

Der Arbeiterrat Cuxhaven gibt bekannt, daß der Beschluß des Rates vom 11. Januar, der zur Erklärung des

Republik Cuxhaven führte, rückgängig gemacht wird.

Dieser Beschluß ist offenbar durch den Streik der Beamten herbeigeführt worden. Aus Cuxhaven wird darüber gemeldet: Büntlich um 8 Uhr morgens, nachdem vom AER auf die aufgestellte Forderung der Staats- und übrigen Beamten eine Antwort nicht eingegangen war, standen plötzlich, wie vorausgesetzt, alle Häder der staatlichen Betriebe still. Der Demonstrationstreif, dem sich auch noch die Banhofsäfte, Ärzte und Apotheken angeschlossen hatten, nahm seinen Anfang. Nach einer Waffenversammlung begab sich ein großer Demonstrationstrupp, in dem sich viele Defakoffiziere und Matrosen befanden, mit einem Musikkorps an der Spitze nach der Kommendantur, deren Fenster mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten gespickt waren. Nach längerem Verhandlungen gelang es einer Kommission, sich Eintritt zu verschaffen. Die Aussprache führte dann zu einer Einigung. Der Geldverkehr sowie der Verkehr der Reichsbehörden gehen wieder ihren alten Gang.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Eine englische Ernährungskommission in Sachsen. Die im Auftrage der alliierten Regierungen in Leipzig weilenden englischen Offiziere haben das dort eingeführte Verteilungssystem als unbedingt außerordentlich bezeichnet und sich durch die unterbreiteten Unterlagen, insbesondere an Hand der starken Sterblichkeitsziffern, der Befestigung mehrerer Massenpessanten usw. davon überzeugt, daß bei der höchst ungünstigen Ernährungslage schleunigste Lieferung von Lebensmitteln, insbesondere von Getreidemehl dringend notwendig ist.

• Der Eid der Regierungstruppen. Mannschaften und Offiziere der Regierungstruppen haben, wie in Berlin amtlich bekanntgegeben wird, folgenden Eid geleistet: „Ich verpflichte mich, der deutschen sozialistischen demokratischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Wissen als Soldat zu dienen. Die jetzige provisorische Regierung werde ich unbedingt schützen und sie unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und an den Grenzen des Reiches. Ich trete ein für ungelebte Nationalwahlen, den Gang der Nationalversammlung und der von dieser beschlossenen Gesetze.“

• Die Untersuchung im Fall Siebenschütz-Burenburg. Wie verlautet, hat das Kommando der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin durch den Oberbefehlshaber Pöschel bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, auf der Untersuchung des Falles Siebenschütz-Burenburg einen neutralen Vertrauensmann aus den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie zuziehen. Das Kommando hat sich an das Polizeipräsidium gewandt, damit die Polizei an der Aufklärung der nächsten Vorgänge am Hotel Eden und an der Corneliusstraße mitwirken soll. Auch die Regierung ordnet strengste Untersuchung an.

• Volksevidenzliche Gefahr für Ostpreußen. Gegenüber den (von russischer Seite kommenden) Gerüchten, daß Millionenheere gegen die Diktatur Deutschlands anmarschieren, wird darauf hingewiesen, daß die Linie Miga-Dinaburg-Wilna höchstens von 80000 Mann bolschewistischer Truppen überschritten worden ist. Zimmerbin ist die Gefahr groß genug. Oberpräsident v. Batocki erteilt einen Aufruf zum Eintritt in die freiwillige ostpreussische Volkswehr und teilt mit, daß er selbst als gemeiner Soldat der Volkswehr beitreten wird.

• Bayern und das Egerland. Die kaiserliche Regierung erklärt die von tschechischen Vätern verbreitete Meldung, Bayern lasse keine Ansprüche auf das Egerland fallen, als eine durch nichts begründete Erfindung.

Amerika.

• Freigabe beschlagnahmter Schiffe. Das Schiffsahrtsamt der Vereinigten Staaten macht bekannt, daß alle während des Krieges beschlagnahmten Schiffe freigegeben werden mit Ausnahme jener, die für Seereschiffe sind. An Stelle der noch zurückgehaltenen Schiffe erhalten die Eigentümer Lohne für Lohne durch Schiffe, die die Regierung gebaut hat.

Aus In und Ausland.

• Weizen. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, auch fernhin aus Polen Kartoffeln zu liefern, aber nur gegen Kohlen. Zwischen betrieblernen Regierungsvertretern finden heute diebezügliche Verhandlungen statt.

• Dresden. Die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörenden sächsischen Minister Weiskner, Genz und Lipski haben ihren Austritt aus der Regierung erklärt.

• Düsseldorf, 17. Jan. Wie die Rheinische Ztg. aus Berlin erfährt, ist in Regierungskreisen die Auflösung der Staatsverordneten-Verhandlungen und Gemeindevorsteher heid nach Zusammentritt des neuen Parlaments vorgesehn. Man darf mit Gemeindevorsteher in Wars rechnen. Die Regierung beschäftigt auch für diese Wahlen das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen unter 20 Jahren nach dem System der Verhältniswahl einzuführen.

• Lemberg. Zwischen dem polnischen Nationalrat in Paris und der Pariser Delegation ist eine Einigung erzielt worden. Danach wird Raderewski Premierminister und bildet ein Koalitionskabinett.

• Genf. Wie aus Pariser Blättermeldungen hervorgeht, sollen die englisch-französischen Truppen aus Belgien

zurückgezogen werden. Durch diese Warnung wurde nun in dem Lande die Lebensmittelpreise bedeutend verringert.

Genf. Am letzten Kriegstage der Alliierten trat Lord George Granville für ein Eingreifen in Rußland ein.

Warschau. Über Polen ist der Belagerungszustand und das Ständrecht verhängt worden.

Jülich. Wie aus Madrid gemeldet wird, verläßt Spanien alle unerwünschten Volksgewaltigen nach den Antillen.

Amerikam. Der englische Arbeiterführer Henderson erklärt, daß die sozialistische internationale Konferenz am 27. Januar beginne.

Rotterdam. Die Einschränkungen für die Einfuhr fertiger Fabrikate nach England, die für drei Monate aufgehoben waren, sollen nach Ablauf dieser Frist wieder in Kraft treten.

Selbstmörder. Nach heftigem Kampf ist Dornat von estnischer Infanterie wieder genommen worden. Die Bolschewiken scheinen sich in Auflösung zurückzuziehen.

Rio de Janeiro. Rodrigues Alves, der Präsident der Republik Brasiliens, ist gestorben.

Washington. Der Finanzausschuß des Senats hat sich für die Bewilligung von 100 Millionen Dollar zur Linderung der Hungersnot in Europa ausgesprochen.

Die Nationalversammlung in Berlin.

Berlin, 17. Jan. Die Mitteilung, die der Volksbeauftragte Seidelmann in einer Rede in Kassel gemacht hat, daß die Regierung beschließen habe, die Nationalversammlung zum 6. Februar einzuberufen, wird von zuständigen Kreise bestritten. Dagegen ist über den Ort, an dem sie tagen wird, noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden. Am liebsten kann benutzt werden, daß sie in Berlin zusammenzutreten wird. Heute ist in der Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiterkreis gefaßt worden, daß wahrscheinlich das Abgeordnetenhaus als Tagungsort in Betracht kommt.

Clemenceau über den Frieden.

Paris, 17. Jan. In der Kammer sagte Clemenceau nach Verleugung der Interpellationen der Vereinigten Sozialisten u. a.: Die Arbeiten der Friedenskonferenz werden im Geiste der Gerechtigkeit und vollkommener Verantwortlichkeit fortgesetzt. Die Regierung beabsichtigt nicht, ihre Politik gegenüber Rußland zu ändern. In bezug auf die Demarkation sagte Clemenceau jedoch, daß am 31. März die ganze Territorialfrage, die ganze Territorialfrage und zwei Klassen der aktiven Reserve demobilisiert sein werden. Wir wollen den Krieg beendigen in vollem Einvernehmen mit allen zivilisierten Völkern für das hohe Ideal einer besseren Menschheit.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Auf zur Wahl!

Nun kommt ins Land der große Tag, — nun wird die Wahl getroffen — Die uns die Wohlfahrt bringen mag, — von der wir alles hoffen. — Der Wahlgang naht, da würdevoll — wir unsere Pflicht erfüllen. — Und der zum Ausdruck bringen soll — des Volkes starken Willen! —

Drum geht der Ruf durch Land und Stadt — für die gerechte Sache, — Daß jeder, der ein Wahlrecht hat, — Gebrauch von diesem mache, — Daß keiner stumpf zu Hause bleibe — und diejenige Art verfehle, — Daß ihn die Pflicht zur Urne treibe, — er gehe hin und wähle. —

So wollen wir zur National-Versammlung fröhlich schreiten, — Doch wer die Wahl hat, hat die Wahl, — das gilt seit alten Zeiten — Man's Wahlrecht führt gründlich aus, — was dies und das bedeute — Und jeder läuft auf eins hinaus: — O, wähle meine Leute! —

Es klingt manch scharfes Wortgeschrei — aus dem Parteigewirre! — O wähle gut und wähle recht — und geh nicht in die Irre, — doch mancher weiß nicht aus noch ein, — der Zweifel will nicht schwinden, — Er weiß von all den Volksparteien — die rechte nicht zu finden, —

Es hallt so lang der Widerstreit — bis daß die Wahl gewesen, — Doch diesmal sind zur Mitarbeit — die Frauen ausgerufen! — Unübersehbar ist die Zahl — der Weiblein, die heut wählen, — Es darf bei dieser Damenwahl — kein deutsches Mädchen fehlen! —

Doch nicht die Jugend nur allein — wird zu dem Wahlgang schreiten, — Man's achtzigjährige Mütterlein — läßt treu sich hingleiten, — Es kommt ins Land der große Tag, — Wir aber hoffen weiter, — daß uns die Wohlfahrt kommen mag — durch diese Wahl!

(Nachdruck verboten.) Ernst Heiser.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Weiterlesende, 18. Januar 1919

(b) Das Direktorium hat in seiner letzten Sitzung zu der Frage der sofortigen Einberufung der oldenburgischen verfassunggebenden Landesversammlung Stellung genommen und folgendes beschlossen:

1. Der Landtag wird entsprechend den nach der Umwälzung festgelegten und allgemein anerkannten Richtlinien auf Donnerstag den 23. Januar einberufen.
2. Dem Landtage werden zur sofortigen Beschlussfassung Wahlgesetze für die oldenburgische verfassunggebende Landesversammlung und die Gemeindevertretungen vorgelegt.
3. Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung sollen am Sonntag den 23. Februar d. Js. stattfinden. —

* Die Post am Wahltag. Wie das Amtskolleg des Reichspostamts bekanntgibt, müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst als auch am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten solange im Dienst bleiben, bis der zu erwartende Verkehr als erledigt gilt. Dies gilt auch für die auf den Wahltag und auf den Ermittlungstag folgenden Tage, solange noch stärkerer Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

* Manfie. Die Manfie-Klasse will am Sonnabend den 25. d. Mts. ihre diesjährige Generalversammlung im „Gasthof Manfingen“ abhalten. (Siehe Anzeige.)

* Halsb. Der landwirtschaftliche Klub Halsb. hat für Sonnabend den 25. Januar eine Versammlung in Hermanns Gasthof zu Eggeloge anberaumt, in der Herr Direktor Seinen über ein gerade in der jetzigen Zeit wichtiges Thema: „Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft“ sprechen wird. (Näheres siehe Anzeige.) —

□ Bad Zwischenahn. Als eine notwendige Ergänzung zum ammerländischen Bauerngehöft wurde vor einigen Jahren in einem Winkel der Waldung Hogenhagen das Heuerhaus erbaut. Es hat einen wundervollen Platz erhalten, beschattet von alten Eichen, wie es für das Ammerland typisch ist. Ein altes Ehepaar, Maitoife, bewohnte es. Nun will Maitoife sich zu Mittag um einen andern Verbleib bemühen. Da wäre nun wieder eine schöne Gelegenheit für ein älteres Paar, sich dort einzutrocknen. Freilich, von echt ammerländischem Schlage müßte es sein, vertraut und zufrieden mit altem Brauch. —

— (b) Oldenburg, 17. Jan. Der hiesige AuSRat hat sich jetzt dahin entschieden, daß an Mitglieder der Bürger-, Bauern- u. Arbeiterräte keine Waffen abgegeben werden dürfen. Dafür aber wird die Volkswehr gut ausgerüstet. Am kommenden Sonntag wird vor jedem Wahllokal ein Sicherheitsposten, bestehend aus 7 Mann, aufgestellt, die mit Gewehren und Munition gut versehen werden.

— Aus dem Bürgerfeld der Artillerie-Depot wurde eine größere Anzahl Minenarten entwendet, ebenso mehrere hundert Granaten. Jetzt hat der AuSRat eine starke Bewachung eingeführt.

— Unherdentlich in Preise gestiegen sind hier in der letzten Woche die Militärpferde. Sie kosteten vor etwa 14 Tagen etwa 200 M., heute aber schon 1000 bis 1200 M. Die Ursache liegt darin, daß viele Pferde ausgeführt, geschlachtet und als Pferdeschmalz verkauft werden. Auch hier hat der Verkauf und Handel mit Pferdeschmalz einen großen Umfang angenommen.

— Zu einer erregten Aussprache kam es hier gestern in der Volksversammlung in Oldenburg zwischen dem Präsidium Rucht und dem Abgeordneten Heitmann. Rucht vertrat die entschiedene radikale, Heitmann die gemäßigte Richtung der Sozialdemokraten. Die Gemüter plagten gehörig aufeinander. Die radikale Richtung behielt entschieden Oberhand und gewinnt an Boden. —

— * Wigen, 15. Januar. Zur Volkswehr melden sich hier viele gediente Soldaten. —

— * Brate, 14. Januar. Am Sonntag ist hier aus Oldenburg eine Militärtruppe von 60 Mann mit Maschinengewehren eingetroffen zur Sicherung der Ruhe und Ordnung, da es nicht ausgeschlossen ist, daß Auswärtige versuchen könnten, die Wahl zur Nationalversammlung zu hintertreiben.

— * Rönningen, 14. Januar. In Ouderfahrt brannte das Wohnhaus des Eigners Döpp nieder. Das Brandunglück hat 5 Kühe und 1 Pferd als Opfer gefordert. Zwei erwachsene Lämmer, die die Lampe füllten wollten und dadurch das Feuer entfachten, sind scharflich verbrannt und ins hiesige Krankenhaus überführt worden. In ihrem Aufkommen wird gewweifelt. Wie verlautet, hatten sie statt Petroleum Benzol nachgegossen. Es war nur niedrig versichert.

— (c) Ut Dreffesland. „Dar sitt noch wat, dar sitt noch wat“, overletten de Musketiere, Grenadiere, Fusiliere, Jäger un wo je alle heeten, een Signal, dat van de Hornjisten mit volle Lungenkracht in d' Meijing-Blaas herinpuist wordt. Dar sitt noch wat, seggen de Hamsterers, un meenen Dreffesland un Lustrelen. Se opspannen dat neet ut, bewaarde, dat was een Dummheit, je seggen dat neet 'n maal, se denken dat so in sijn. Wenn nu aber enige hundert darsifawige denken, dann kommt all wat up de Beene, un so beleet man Dag for Dag, dat Hamsterers dor d' Land treden. 't sijn meent neet de, de wi anners trussen: Frauen un Kinder, mit de Slaupheit un Frechheit van Sijneers uflaaffert, enfeld een d'rassen, de toerugholend was, darsifor aber of neet wyl freeg. De sijn minner wor'n, de Tied brengt dat so mit sijn. Waarskens is bi volen de Verbeent noch liegen, heel vele lopen aber of so herum, un well weet, wat gebort, wenn de hoge Lofse neet bold oubout wor'n. Dat 't so, as 't nu is, neet lanf stand hollt, seggt of de in, de van Volkswirrschafft gien blasse Schimmer van Ahnung het. Een annere Hamsterart, de wiet gefahrliker for de Allgemeinheit, tritt nu mehr as vordem up: de Siefhandelders. De kummt 't up 'n Groeten Geld neet an, spöden den Noblijgen, riskeeren wat, laten sijn neet fangen un — wor'n rief un sett. In de letzte Dagen sijn up enige Eiden grote Rissen mit Aleest un Sped beschlagnahmen. Alles rirt ut Schlachtereeren heer, de gien Licht lieben dären. 't kummt of vör, dor de Deeren stöpen sijn. Wat wordi d'r neet alles un Geld dan! Wenn uns een Winkst seggt harr, so wiet Lann't lamen, de harr'n wi did wat utlath. Dat het aber nims seggt, wiet of de warteste Swartkieser sijnat neet för möggel holl'n het. Veel Ditsland sijnat swartkran in wiede Fiebers, wo sijnat mag 't weesen, wenn bi lätigen de Beterung intrett un wennjeer 't 't weer so wiet, dat 't weer in alle Kraft stiech un de Etä in Europa innimmt, de up de 't Anspöf maken kann un of makt, wenn wi Dlleren dat of neet mehr beleven.

Dv 't nu regent, ov 't nu frösch, 't Leben bringt na Leed doch Lüff, de Jagotied is nu weer vörbi, kummt Kinners, kummt, freit Joe mit mi. Begesierung un Wiedstap puren de Winkst up, na Penn un Enkt toe griepen un toe rienen, mag 't nu so goed wo sijnat weesen as 't will. Warum fall een Hajenwader neet of dichten, nu, war he, ovgesche van Schlingen un annere Toefälligkeiten, hopen dard, noch Kinnern un Kindeskiner toe sehn? De Jagd an sijn het neet befürmmer west, warum toe sluten, dat de Natur all van sijnat darsifor förgt, dat nix oder de Schreue geht. In de letzte Dagen sijn langst neet de Dafen wegichoten as anners, wiet de Jäger toen grötteren Deel an de Front wassen, un doch sijn je neet mehr wor'n. Dar het de Natur hör Bark dan. — In sijnen Börpermeer hebben Kinnern een dumm Täg makt, wardi dat achtjährige Jungkie van de Bur G. Sprack toe dode kamen is. De Jungst stöppen Karbid in een Flaske, gaten dar Water up un verslopten

de Hals van de Flaske mit 'n Körl. De Gase, de sijn entwidelen, wur de Bepöller toe knapp, mit 'n Knall flag de Glas utmanner un de Rättje freeg 'n Glasplitter an den Hals, de de Schlagader dorfschn. Wold darup was dat kind verblöbt. Kinnern sejn gien Gefahr in, un de Woeder kann je doch of neet alltied an d' Schötenband mit sijn heruntrotten. —

Zur Wahlbewegung!

□ Hhausen. Am Montag abend hatte die deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Westerstede, eine Versammlung bei Dogelamp anberaumt, die sich eines starken Besuches erfreute. Der Referent des Abends war Herr Hauptlehrer Meyer, z. Zt. in Hüllstede. Er gab in klarer, sachlicher Weise einen Überblick der Revolution, kam dann über die linksstehenden Parteien zu der deutschen demokratischen Partei und legte deren Aufgaben und Ziele dar. Gegenredner hatten sich nicht eingefunden. Einmütig erklärten sich die Versammelten für die deutsche demokratische Partei.

— (c) Eggeloge. Von der Deutsch Demokratischen Partei, Ortsgruppe Westerstede, wurde am vorigen Donnerstag in Hermanns Gasthof eine Frauenversammlung veranstaltet, welche von mehr als 100 Personen besucht war. Die Rednerin des Abends, Fräulein Käthe Oldenburg, entlegte sich ihrer Aufgabe in glänzender Weise. Sie sprach zunächst über das Für und Wider des Frauenwahlrechts und wies dabei nach, daß es das Leben erfordere, daß auch die Frau über das Wohl und Wehe des Staates mitbestimme. An der Hand zahlreicher Beispiele wurde diese Forderung nachgewiesen und aus der gespannten Aufmerksamkeit der Zuhörer konnte man schließen, daß die Anwesenden mit der Referentin völlig einverstanden waren. Der Reihe nach wurden im zweiten Teil des Vortrages die Aufgaben und Ziele der einzelnen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien besprochen und zwar berichtete sie am ausführlichsten über die demokratische Partei und warb für sie in herzlichster Weise. Da sich keine Gegenredner eingefunden hatten, wurde die Versammlung vom Leiter derselben mit einem Appell an die Anwesenden, am nächsten Sonntag ausnahmslos zur Wahlurne zu treten, geschlossen.

□ Torschlo. Nachdem in der vergangenen Woche Herr Lehrer Meyer aus Hüllstede in einer gut besuchten Versammlung in Diets Gasthause die Ziele der deutsch-demokratischen Partei gekennzeichnet hat, sprach am Donnerstag abend Herr Bary über die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Zwischen dem Redner und Herrn Lehrer Stamer, der die deutsch-demokratische Partei vertrat, entwickelte sich eine anregende Aussprache. —

— (c) Bad Zwischenahn. In der am Donnerstag von der Deutschen Volkspartei in Meyers Hotel veranstalteten Wählerversammlung sprach Herr Baurat Ritter über die Ziele seiner Partei. Den schlechten Besuch dieser Versammlung glaubte der Referent auf eine bereits eingetretene Wahlmüdigkeit zurückführen zu müssen. Er betrauerte das arme Vaterland, das von allen Seiten von feindlichen Elementen umspült sei. Die Dänen, die Polen und die vielen anderen kleinen Staaten erhoben ihre Ansprüche und Forderungen, denen wir nachlöslos gegenüberstünden. Es sei zu befehlen, daß der Nordostseeanal internationalisiert werde, und die Polen könnten mit wetttragenden Geschützen Berlin bereits unter Feuer nehmen. Deutschland hätte sich viel mehr um das Deutschum in Osterrreich und die angrenzenden Staaten kümmern müssen. Alle Völker trieben ihre Grenzen vor auf Kosten Deutschlands, und die Deutschen seien gezwungen, sich dem Zwang der fremden Völker zu unterwerfen. Dem Kaiser die Schuld an unserem Unglück zuschreiben zu wollen, sei nicht würdevoll. Die vermeintlichen Erregungsschäfer der Revolution seien in nichts gefallen. Wenn früher Deutschland mit dem Säbel gerastet hätte, dann hätte die Welt Respekt gehabt. Redner bestrichwortete die Kleinfeindlungen besonders im Osten. Die dadurch sich entwickelnde Bauernkraft würde so mächtig werden, daß alle anderen Mächte hieran scheitern würden. Der Kriegsgrund liege einfach darin, daß die deutsche Industrie alle ausländischen Industrien überflügelt, wodurch der Reib und Haß im Ausland gegen die Deutschen herangezogen würde. Jetzt, nun Deutschlands Macht und Ansehen gebrochen sei, solle es geknebelt werden.

Auch der Arbeiter werde sich seine Partei annehmen u. ihnen in ihren berechtigten Ansprüchen entgegenkommen. Die Amerionsfrage, die immer wieder seitens gegnerischer Parteien gegen die Volkspartei ausgespielt werde, hätte derzeit von der äußersten Rechten bis weit in die linksstehenden Parteien Platz gegriffen. Clemenceau hätte recht behalten: „wer eine Viertelstunde länger aushalte, gewinne den Krieg.“ Wir hätten das Rückgrat steif halten sollen. Der Kaiser u. Ludendorff hätten keine Schuld gehabt. Die deutsche Diplomatie habe allerdings veriaht. Den furchtbaren Zusammenbruch hätte die Revolution verursacht. Der Referent ging schließlich noch näher ein auf die Sozialisierungsfrage, die Frage betr. Trennung von Staat und Kirche, sowie Religionsunterricht in der Schule.

In der Aussprache beteiligte sich nur der Vorsitzende der deutschen demokratischen Partei, dem der Referent in längeren Ausführungen erwiderte. In seinem Vortrag kam immer wieder zum Ausdruck sein Schmerz über die Zerstörung des monarchischen Staates und die Hoffnung, daß die Republik keine dauernde Einrichtung d'bein möge. Mit dem Gedanken, daß das alte Regierungssystem nie wieder kehren wird, konnte der Referent sich absolut nicht befreunden.

— Apn. Die Donnerstag Abend in Meyers Gasthause abgehaltene Versammlung der deutschen demokratischen Partei war von zahlreichen Personen besucht. Der Referent, Herr Negersbach aus Oldenburg, führte in einem längeren Vortrage aus, daß die Unfähigkeit unserer Diplomaten den europäischen Krieg verschuldet hätten, auch die großen Hoffnungen, die man auf den U-Boottkrieg gesetzt hatte, seien schmachlich zusammengebrochen. Die über uns hereingebrochene Krisis würde von der Sozialdemokratie zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschafft ausgenützt. Nicht Freiheit, sondern Abhängigkeit und Unterdrückung bringe uns das von der Linken aufgestellte Programm; es gelte diese

energisch zu bekämpfen, und dafür trete die deutsche demokratische Partei ein. Hedner berührte dann noch weitere wichtige Teile seines Parteiprogramms und erzielte großen Beifall. In der Diskussion sprach Herr Kreyb von hier für die deutsche Volkspartei, seine Einwendungen waren teilweise erfolgreich. Nach einem hieranfichenden Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

(Ech) Apen. In einer am Donnerstag in Wehrens Saalhof abgehaltenen Versammlung nahm Herr Kreyb, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei der Ortsgruppe Apen, Gelegenheit, vor einer Anzahl von Vertrauenspersonen das Programm der Partei darzulegen. In kurzer, sachlicher und vorzutrefflicher Art behandelte er die einzelnen Programmpunkte. Er wies darauf hin, daß die Partei Wiederherstellung des Handwerks fordert, Beschaffung von Rohstoffen und Arbeit, Eintritt für den Kleinhandel, der wieder aufgerichtet werden muß. Der gewerbliche Mittelstand muß ein Bürgerrecht des Bürgertums bleiben. Großzügige Ansiedelung der Landarbeiter, gesunde Mischung von Großbesitz, Mittel- und Kleingrundbesitz soll stets als das Wichtigste für unsere Ernährung gelten. Unserem bewährten Bauernstande sollen seine Rechte gewahrt bleiben. Die Ansprüche der Kapitalanten und Kriegsinvaliden sollen gesichert werden. Die Freiheit des christlichen Glaubens darf niemand antasten, die christliche Arbeit in der Schule soll und muß bleiben. Das sind einige Hauptpunkte des reichen Stoffes des Arbeitsprogramms der Partei.

Hedner bemerkte lebhaft, daß die Partei das große Aemerknen mitgemacht und ohne Rücksicht sich neue Gedanken angeeignet habe, die man früher vielleicht vernormen hätte. „Das Vaterland und die Glaubensfreiheit sind bedroht, kein deutscher Wähler darf daher am 19. Januar vertragen“, mit diesen Worten wurde die Versammlung geschlossen.

Für die Redaktion verantwortlich Hermann Ries, für den Angelegenheit verantwortlich Karl Eilers, beide in Westerheede. Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerheede.

Amtliche Bekanntmachungen.

Keine Waffen an Bürger, Bauern und Arbeiterräte!

Gegenüber dem Verlus, zur Sicherung des Staatsfindens der Nationalratswahlen eine Bewaffnung der Bürger, Bauernräte einzutreten zu lassen, beschloß der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat, keinerlei Waffen an irgend welche Räte auszugeben.

Oldenburg, den 16. Januar 1919.

Arbeiter- und Soldatenrat Oldenburg.

Gemeindevorstand.

Apen, 17. Januar 1919.

Diejenigen Haushaltungen, welche weder Gas noch Elektrizität haben, können neue Petroleumlampen bei den zuständigen Bezirkskommissionen in Empfang nehmen.

Auf Absatz 1 der Petroleumliste wird 1 Liter Petroleum ausgegeben.

M e r e r.

Landwirte,

welche bereit sind, Anbauverträge auf Fruchtartoffeln abzuschließen, wollen sich bis zum 25. d. M. mit mir in Verbindung setzen.

Bedingungen in bezug auf Preise der Kartoffeln und auf Lieferung von Strohbindern können bei mir eingesehen werden.

Heinrich Kruse, Zwischenahn.

Apen.

Wer für die Landesartoffelstelle einen Anbauvertrag von Fruchtartoffeln abschließen will, wolle den Flächeninhalt bis spätestens zum 30. Januar beim Unterzeichneten anmelden.

D o t e r i n g.

Brotharten-Ausgabe Sonntags von 2 Uhr an.

Mahlkarten-Ausgabe am letzten jeden Monats, von jetzt ab im neuen Hause.

Lüers, Helle.

Sandstelle

zu pachten gesucht. Größe 10 bis 20 Morgen. Angebote unter Nr. 598 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Hiera 2000 Meter

Grüpparbeiten

im „Stroh“ zu vergeben.

Hobbie Torsholt

Einwege. Zu verkaufen 2 leichte Aderwagen.

Wm. Joh. Feers.

Original Wecks

Konservengläser sind in allen Größen vorrätig.

J. Böcking.

Das Geld für die abgelieferte Wolle kann abgeholt werden.

Ch. Aegleichs.

Holz-Verkauf.

Firma G. Laphorn in Effen (Dobig.) läßt

Dienstag den 21. Januar, nachm. 1 Uhr,

auf dem bei Eggeloge am Gielstroß belegenen Heinken'schen Grundstück:

das Wallholz,

Eichen, Birken und Kiefern, namentlich Brennholz,

öffentlich meistbietend verkaufen.

Versammlung an Ort und Stelle. G. Koch, Aukt., Westerheede.

Verpachtung.

Hausmann D. Meinen in Halsbek läßt

Dienstag den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr,

in Gräber's Gasthaus zu Halsbek

ca. 11 Tagewerk

Wiesenland

„Aufs Mehe“, „Stog“ und „im Hassen“,

in Abteilungen auf mehrere Jahre öffentlich meistb. verpachten.

Westerheede. G. Koch, Aukt.

Unterzeichneter beabsichtigt, am

Sonntag den 8. Februar, nachm. 1 Uhr anfang,

in seinem zu Hüllstedebiele an der Chaussee von Hüllstedebiele nach Langebrügge

belegenen Busche

200 Haufen Tannen,

Eparren, Latten, Röheln und Schlegelplättle,

80 Haufen Eichen,

Röhlpfähle und Staken, und mehrere Haufen

Brennholz,

öffentlich meistbietend verkaufen.

Versammlung in Schwengel's Wirtshaus.

U. D. H. Hebe, Westerheede.

Westerheede. Unter meiner Nachweisung steht ein an guter Lage belegenes

Einfamilienhaus

mit etwas Gartenland zum Verkauf.

Kaufinteressenten wollen sich baldigst melden.

G. Ahmels, Rechflü.

Kartoffelreibe-

Raschinen

zur Anfertigung von Kartoffelmehl, Leistung 100 bis 200 Pfd. ständlich, empfiehlt

J. Bücking.

Entlaufen ein schwarzes Hund mit rotem Ring gegen Belohnung abgegeben bei

Frau Aug. Fortmann.

Karbid,

— auch ganze Trommeln, — jetzt lieferbar.

F. Hempen,

Eckorn-Zwischenahn.

Well wählen wi?

Er, twä, brä, vör, fi, f, h, hwen!

Well van de Söwen lö'n wi glöwen?

Well van de Söwen is un? Mann?

Ein Hag un sol lin Stresemann,

Un oof dat wäden wi genau,

Wi wählen lin Pastor Tergan.

Wähgen: wö'n Ji Schnobags dargen,

Wäh't alle Theo Tarken!

Wö'n Ji lewen van Joe Rente?

Wähler, wäh't Bachhoff de Wente!

Un sol Berghaus, Nöderndä

Gewi Joe Stimme frank und fäd!

Un well is wol better, ehter,

As un' ölle Gränd Jan Fegter!

De waf' allid naa un' Sinn,

Wäh't Jan Fegter! „Jan mußt 'ein!“

Tannen-Verkauf.

Zwischenahn. Frau

Stuken, Oldenburg läßt am

Montag den 27. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr anfang,

in ihren zu Gröfede unmittelbar an der Chaussee belegenen Holzungen:

etwa 400 lange,

schlere, schwere

Tannen

zu Rammplätzen, Balken und Uetzhölzern vorzüglich geeignet,

in einem Lose meistbietend verkaufen, wozu Kaufinteressenten einladet

J. H. Hinrichs

Immobil-Verkauf.

Erweckt. Der Vormund über die minderjährigen Kinder des weil. Grundheuermanns

Johann Wittensberg zu Westerheede beabsichtigt die vom Erb. l. her nachgelassene

Immobil-Befugung,

bestehend aus Gebäuden (Wohnhaus und Scheune) und 7 ha 11 ar 78 qm

Garten, Weide- u. Ader-Parzellen,

öffentlich meistbietend durch den Unterzeichneten mit Eintritt zum 1. Mai d. J. verkaufen zu lassen.

Erster Verkaufstermin ist anberaumt auf

Mittwoch den 22. Januar, nachm. 5 Uhr,

in Harms' Gasthaus in Osterheede.

Die Auktionen liegen unmittelbar beim Hause und sind bequem zu betreten; die Besuche kann zum Ankauf empfohlen werden.

Kaufinteressenten laden ein

Meinronken, Aukt.

Buchbinderarbeiten

werden sauber und gut ausgeführt bei

H. Wehlau,

Buchbinder u. Papierhandlung, bei der B. 2

Holzverkauf

in

Gröfede.

Wirtschafter D. Döte in Gröfede läßt am

Dienstag, 11. Febr., nachm. pünktl. 1 Uhr anfang,

im „Dreckschloß“ das, unweitbar an der Chaussee

150

Eichen

bestes Eichen- u. Eichenholz,

200 Fuhren

starkes, langes, sicheres Holz, zu Rammplätzen, Bau- u. Dielenholz, passend,

auf Bahnhofsstraßen verkaufen.

Versammlung im Dreckschloß. Degen, amtl. Aukt.

Holz-Verkauf

in

Mansholt.

Holzhandler Brader in Hookstel läßt am

Dienstag den 28. Januar, nachm. pünktl. 1 1/2 Uhr anfang,

in Frau Wäffings Holzungen in Mansholt (bei der Sägerei)

150 Ren.

Riefern-Rantholz,

(18x18, 20x20),

do. Bretter und

Schalholz,

für Tischler passend,

500 Stück eigene

Rieflerplättle

und

100 Ren. Brennholz

auf Zahlungsfrist verkaufen.

Die Abfuhr kann auf Feldbahn erfolgen.

Rastede. Degen, amtl. Aukt.

Wiesenland-Verkauf

(2 Termin)

Frau Witwe Anton Niehaus in Vahfel will

4 Tagewerk

Wiesenland

bei Scharrrel (Dorfesland) belegen, verkaufen.

Zweiter Verkaufs-Termin hierzu ist angesetzt auf

Donnerstag, 23. Januar, nachm. 3 Uhr,

in Wm. Anton Niehaus' Wirtshaus in Vahfel.

Der größte Teil des Kaufpreises kann gegen Ablage 3 N. sen stehen bleiben.

In diesem Termine kann der Zuschlag erfolgen.

Kaufinteressenten laden ein

H. Fugel, Aukt. Vahfel, 16. Januar 19.

Meine Sprechstunden

haben statt
von 11-1 und 3-5 Uhr
(außer Mittw. nachm. u. Sonntags).

Augenarzt Dr. Onken

Wilhelmshaven, Adalbertstr. 11.
- Fernsprecher 303. -

Westerstede. Sämtliche Bauarbeiten

vorwiegend
Zimmerarbeiten
werden prompt und gewissenhaft ausgeführt. Aufträge erbeten.

Aug. Hinrichs,
Baugeschäft.

Schreibmaschinen-Vertretung.

Für Kreis Westerstede wird für beste deutsche Schreibmaschine
rühriger Vertreter
gesucht. Angebote unter E. D. 5126 an Rudolf Mosse,
Hannover.

Apen.

Habe noch
Heu u. Stroh
gegen Dünger umzutauschen.
Diedr. Meyer.

Ca. 70 Cement- Gossensteine

In mehreren Größen, bei billiger
Berechnung zu verkaufen.
H. Del Re, Leer Dfstr.
Terrazzo-Geschäft, Geogr. 1908.

Wir suchen einige
Lokomobilen,
ca. 15-25 PS, bis August ds.
Jr. zu mieten und bitten um
Angebot.
W. K. Stronge & Co.,
Ooholt.

Halsbek.

Am Montag den 20. d. M.,
nachmittags 6 Uhr,

Versammlung

in Grünjes Gasthof zwecks Be-
sprechung über Elektrische An-
lagen. - Sämtliche Einwohner
von Eggeloge, England, Halsbek
und Hobelet werden gebeten,
sich einzufinden.

Karbid

auf Bestellung muß bis zum 25.
d. M. abgeholt werden.

Augustfehn. Willems.

Kloostfieber-Berein Hollwege.

Montag d. 20. d. M.,
abends 6 1/2 Uhr,

Versammlung

in Heinemanns Gasthof.
Der bisherige Gesamtvorstand,
sowie die Mitglieder werden ge-
beten, sämtlich zu erscheinen.

Zahn-Praxis

Frau Helene Mayer
geb. Liebisch.

Sprechstunden täglich v. 9-3 Uhr
Künstliche Zähne mit
und ohne Zahnca.
Umarbeitung schlecht stehender
Zähne.
Füllungen jeder Art.

Zillale Augustfehn

Sprechstunden: Dienstag und
Freitag von 9 bis 12 Uhr vorm.
Behandlung a. Kassenmitgliedern

Herren-Indemüßen

in blau und schwarz empfiehlt
sehr preiswert.
J. D. Harms.

religiöser Vortrag

statt. - Jedermann ist herzlich
eingeladen.
E. Gläver, Prediger.

Landw. Brauergesellschaft. Wassle.

Sämtliche Bekellungen in
Saathafen,
Weizen,
Gerste,
sowie in

Gras- und Kleefrüherzien u. Runkelrübensamen

erbitten wir uns bis zum 25. d. M.
Der Vorstand.

Kriegerverein Westerstede.

Am Dienstag den 21. Januar,
abends 8 Uhr,

Versammlung

im Vereinslokale.
Bespreehung über eine Feler
zur Begründung unserer Kriegs-
teilnehmer.

Allseitiges Erscheinen ist drin-
gend erwünscht. Die Verpackungs-
kommission wird gebeten, teilzu-
nehmen.
Der Vorstand.

Wählt!

kauft Euch aber auch einen roten
Hauskalender; nur noch wenige
vorhanden bei

Hermann Weblau,
Buch- und Papierhandlung,
Ecke Post- u. Peterstr.

NB. Habe noch einige verschiedene
Notizkalender auf Lager.

Zwischenahn.

Zum 1. Mai d. Js. suche ich
in Zwischenahn oder nächster Um-
gebung eine

Wohnung

mit Garten und mögl. etwas
Grünland zu pachten.
H. Bölte, Rechnungsführer.

Landw. Klub Halsbet

Versammlung
am Sonnabend den 25. Janr.,
Anfang 6 1/2 Uhr,
in J. Hermanns Gasthause zu
Eggeloge.

Tagesordnung:
1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Vortrag des Herrn Direktors
Heinen: „Maßnahmen zur
Förderung der Landwirtschaft.“
4. Verschiedenes.

Alle Mitglieder, besonders
auch die Damen, werden zu dieser
Versammlung freundlich eingeladen.
Der Vorstand.

Manxier Kubtasse

Am Sonnabend den 25. d. M.,
abends 7 Uhr,

General- Versammlung

im Gasthof Manzingen.
Tagesordnung: 1. Rechnungs-
ablage und Jahresbericht; 2.
Wahlen; 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
der Vorstand.

Osterscheps.

Am Sonntag den 26. Januar

BALL

wozu freundlichst einladet
Carl Oltmer.

Westerstede.

Am Sonntag den 2. Februar

Ball

wozu freundlichst einladet
J. H. Bahr Ww.

Halsbek.

Am Sonntag den 26. Januar:

Grosser Ball,

Anfang 6 Uhr.
Musik von der Parelle Stadt-
kapelle.
Es ladet freundlichst ein
W. Grä-Jos.

Mädchens

wurden erstent
J. Proll und Fran.

Wähler u. Wählerinnen des Wahlkreises Oldenburg-Gurich-Osnabrück.

Christliche Männer! Christliche Frauen!
Arbeiter! Soldaten! Bürger! Bauern!

Wollt Ihr die Geltung der Grundzüge des Christentums im Staats-
und Völkerverleben,
Seid Ihr Gegner der Trennung von Kirche und Staat,
Wollt Ihr die Wahrung der konfessionellen Volksschule,
Wollt Ihr die Anerkennung des Privateigentums und der Selbständig-
keit des Bauern-, Handels- und Handwerkerstandes,
Wollt Ihr Schutz von Haus und Hof, Schutz der Arbeit, baldige Wieder-
kehr von Ruhe, Ordnung und Sicherheit,
so wählt die Kandidaten der

Christlich-demokratischen Zentrumspartei:

1. Reichsgerichtsrat Burtage, Leipzig,
2. Arbeitssekretär Hagemann, Osnabrück,
3. Landwirt Pennemann, Bural bei Ushendorf,
4. Schlossermeister A. Pasche, Rätzlingen,
5. Hauptlehrer Bekm, Cloppenburg,
6. Fräulein M. Nisard, Osnabrück,
7. Dr. med. Fenger, Norden (Ostfriesenland).

Stimmzettel werden rechtzeitig verteilt. Zentrumsanhänger in
Orten ohne Zentrumorganisation, bestellst Stimmzettel beim nächsten
Zentrumsmahlstä: Westh. i. O. (Fernsprecher 41); Oldenburg, Grüne-
straße 5 (Tel. 547); Wilhelmshaven, Kiekerstr. 61 (Tel. 609).

Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Hals-, Nasen-, Ohrenarzt

Dr. med. H. Förster.

Vom heutigen Tage ab be-
treiben wir die Praxis gemein-
schaftlich.

Prof. Dr. H. Nollenius, Dr. H. Förster, Hals-, Nasen-, Ohren- ärzte.

Bremen, 15. Januar 1918.
Humboldtstr. 92/94

Sprechst. vormitt. 8 1/2-10 Uhr,
nachmittags täglich, außer Mitt-
wochs, von 5-6 Uhr.

Dankfagung!

Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme an dem schweren
Verlust unserer lieben Kinder sagen
wir allen, die uns so treu zur
Seite standen, ihnen das letzte
Geleit gaben und ihre Bärge so
reich mit Kränzen schmückten, so-
wie dem Bestattungschor und dem
Herrn Pastor Bartenmann für die
tröstlichen Worte unsrer innig-
sten Dank.

**W. Kuhmann,
G. Rhoden,
und Familien, Hansen.**

Neu-England.

Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme bei dem Ver-
lust meines lieben Mannes, un-
seres guten Vaters sprechen wir
allen unsern innigsten Dank aus.
Familie Frens.

Ihre Verlobung beehren sich
anzugeigen:

**Helene Pleus
Johann v. Lengen**

Hollwege, Hansen,
Januar 1919.

Westersteder Futterbereitungsgenossensch.

e. G. m. b. H. zu Westerstede.

Stroh

Landwirte, die noch
aufgeschlossen haben wollen, werden ersucht, dieses möglichst bald
anzubieten zu wollen.
Der Vorstand.

Zwischenahn.

Den geehrten Einwohnern von Zwischenahn
und Umgegend zur Kenntnis, daß ich am 20. d.
Mts. meine

Bäckerei

wieder eröffne, und bitte, das mir früher geschenkte
Vertrauen auch jetzt wieder zuzuwenden zu wollen.

Wilh. Dierks, Bäckermeister.



Westerstederfeld, den 18. Januar.
Gestern abend ist nach langem, schwerem
Leiden meine liebe Frau, unsere treuversorgende
Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Helene Klarmann

geb. Rowold
in ihrem 48. Lebensjahre sanft entschlafen.

Dies bringen allen Verwandten und Be-
kannnten mit tiefbetäubtem Herzen zur Anzeige
Joh. Klarmann
nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag
den 23. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, auf dem
Friedhofe in Westerstede.

Der Ammerländer

(Zersprengtes Nr. 5.)

Preis für Vierteljahr frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Landbriefträgern) und in der Expedition. — Einzelnummern für die einpaltige Beilage (oder deren Raum) für Inserenten aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pf., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pf. Reklamen kosten 75 Pf. die Zeile — Einzelnummern bis 8 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Annoncen-Behälter durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Belegproben der Ausgabe von Inserenten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 16.

Westerstede, Sonntag den 19. Januar 1919.

59. Jahrgang

Zweites Blatt.

Der 18. und der 19. Januar.

Im Spiegelglaube des Verfallenen Schloßes war es, am 18. Januar 1871, als die nach hiegeheimen Festzuge versammelten deutschen Bundesfürsten dem Hohenzollernkönig die Kaiserkrone aufs Haupt setzten. Der Traum unserer Väter und Vorväter war erfüllt, das deutsche Volk endlich am Ziel einer Jahrzehnte, ja man darf sagen einer Jahrhunderte langen Entwicklung angelangt, und der „ewige Bund“, der an diesem Tage geschlossen wurde, dürfte als mühsam erreichte Schlusspunkt einer Geschichte angesehen werden, wie sie so voll von Abwegen und Irrwegen keiner anderen, nach Vereinigung sich sehenden Nation der Welt überlegt war. Ein wirtschaftlicher Aufstieg ohnegleichen folgte. Nicht ohne unsere tätige Mitwirkung auf allen Gebieten, natürlich nicht; aber es schien fast, als hätte auch das Schicksal einen heimlichen Bund mit den deutschen Stämmen geschlossen, als wolle und sollte es alles zum Segen ausschlagen, was wir unternahmen, als wäre das Deutsche Reich dazu bestimmt, der politische Mittelpunkt des 20. Jahrhunderts zu werden. Lebensfalls: der 18. Januar war unser holzester nationaler Gedenktag und die Hoffnung in weiten Kreisen war, auf diesem Grunde festhalten zu können im Strudel der Zeiten.

Es ist anders gekommen, ganz anders. Der „ewige Bund“ ist zerfallen, es gibt keinen deutschen Fürsten mehr, keinen Kaiser und keinen Kanaker, was zusammengekommen ist durch Blut und Eisen, durch Arbeit und Schicksalsgemeinschaft, das will sich wieder auflösen, in seine Urbestandteile, als wäre in der Trennung, in der Vereinigung, ja in der gegenseitigen Befähigung, das Heil der Menschheit verflochten. Was hat man nicht alles über die deutschen Kleinstaaten gepöbel, über die künftigen Bundesfürstentümer — und jetzt erleben wir eine „Republik Kurzaugen“ zum Beispiel, und das Königreich Preußen, ein in sich geschlossener Staatsbau, stark gerade durch den Zusammenhalt seiner an sich verschiedenartig gemischten und entwickelten Bestandteile in Ost und West, soll in vier oder sechs oder acht „Freistaaten“ zerlegt und zerpalten werden, als wäre er ein gealterter, abgeborstener Baum, und nicht ein noch immer sehr lebensfähiges Gemeinwesen. Kein Wunder, daß viele Köpfe nach den furchtbaren Ereignissen der Kriegszeit in Verwirrung geraten sind, und daß die Aufregungen der Revolution nicht zur Selbstbestimmung des Volkes beigetragen haben. Aber nun steht der 19. Januar vor der Tür, und damit werden wir hoffentlich einen Wendepunkt erreicht haben. Wir sind aus der Bahn unserer staatlichen Entwicklung geschleudert worden mit einer Gewalt, wie sie kaum jemals schon ein großes, zukunftsreiches Volk über sich ergehen lassen mußte; das mag wieder entschuldigen, was in den letzten Wochen und Monaten sich auf deutschen Boden abspielte hat. Mit der Wahl einer Nationalversammlung müssen wir wieder einen neuen Weg gehen, von dem aus sich neue Wege haben lassen zu fruchtbringender Arbeit. Eine Nationalversammlung ist ungleich mehr als irgendein beliebiger Reichstag, und schon ein Fundament vorhanden sein, das sie trägt. Unser Deutsches Reich aber ist erschüttert bis auf den Grund, und nun gilt es, eine neue gesetzliche Grundlage zu schaffen, auf der sich dann erst Bauen und Wachsen, der Auf-, ihre Pflicht zu tun. Vereinen wir uns an diesem Sonntag wieder einmal zu einer großen Tat, das wieder gut machen hilft, was wir seit dem 18. Januar 1871 für unheilbar gehalten haben: die Unruhe und die Größe des deutschen Volkes!

Joahs neue Waffenstillstandsbedingungen.

Die Verhandlungen in Trier.

Strafenbestimmungen — Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen — Kontrolle der russischen Gefangenen — Belegung Badens — Schadenersatzansprüche — Verlängerung um einen Monat.

Die deutsche Waffenstillstandskommission veröffentlicht die Bedingungen, unter denen Joah bereit ist, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern. Die Bedingungen lauten im wesentlichen folgendermaßen:

Obwohl bei den Verhandlungen seit der Erneuerung des Waffenstillstandes bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind, muß festgestellt werden, daß ihre Gesamtzahl nicht die Hälfte dessen erreicht hat, was laut der festgestellten Vereinbarungen hätte sein sollen. Infolge dieser beträchtlichen Verzögerungen (Spaz. 17. Dezember) sind die Aufkaufleistungen 1 und 2 zum Ablauf der Forderung als also als Strafe für diese Verzögerung abgesetzt: 600 Lokomotiven, 19 000 Wagen (davon 4000 für Elsaß-Lothringen).

Lokomotiven und landwirtschaftliche Maschinen.

Es wird bestimmt, daß Deutschland als Ersatz für das abverkauft und den Alliierten zuzuführende ergänzende Eisenbahnmaterial folgende landwirtschaftliche Maschinen und Geräte liefern soll, die am 17. Februar zu übergeben sind:

400 vollständige Dampftraktoren mit doppelter Maschine und dazu eingerichteter Pfluge, 6500 Traktoren, 6500 Dampferrenmaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Strabanzpflüge, 12 500 Eggen, 4500 Messerreggen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Großfl., 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender, 3000 Bindemäher.

Dieses Material soll neu oder in sehr gutem Zustande sein. Es muß versehen sein mit dem zu jedem Gerät gehörenden Zubehör und mit den Serien der für einen Betrieb von 18 Monaten nötigen Ersatzteilen. Die Lieferung ist unabhängig von der geschuldeten Rückzahlung des gelieferten von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch gebrachten landwirtschaftlichen Materials.

Verhaftung Schuldiger.

In bezug auf Kriegsgefangene fordern die alliierten Regierungen von Deutschland den Einrückung gegen die Schuldigen; sie verlangen die Durchsicht des Vollzugs, abgesehen von den neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich genötigt sieht. — Es folgen dann Bestimmungen über die russischen Kriegsgefangenen und die Forderung der Einsetzung einer Kommission alliierter Offiziere in Berlin zur Überwachung aller die Kriegsgefangenen betreffenden Fragen.

Erweiterung des Straßburger Vorkontopfes.

Weiter heißt es bei Joah: In Anbetracht der oben hervorgerufenen Verluste und um neue Garantien zu nehmen, beschließt das alliierte Oberkommando, sich vorzubehalten, von jetzt ab, wenn dieses für angemessen erachtet wird, den durch die Forts des rechten Rheinstroms gebildeten Vorkontopf der Deutung Straßburg mit einem Geländestreifen von 5–10 Kilometer vor diesen Forts zu belegen. Diese Belegung soll drei Tage vorher seitens des alliierten Oberkommandos angesetzt werden; für soll keinerlei Verhinderung von Material oder von Mänslichkeiten vorgehen. Die Einfuhr von den neutralen Zonen von 10 Kilometern soll entsprechend vorgeschoben werden.

Niederstattung von Material.

In dieser Beziehung stellen die Alliierten folgende Forderungen:

1. Es sollen zur Verfügung der Alliierten gelangen: die Maschinenteile industrieller und landwirtschaftlicher Betriebsgeräte, die verschiedenen Zubehöre jeder Art und im allgemeinen jeder industrieller oder landwirtschaftlicher Gebrauchsgegenstände, der aus den Gebieten, welche die deutschen Heere an der Westfront besetzt halten, fortgenommen ist.

2. Diese Gegenstände sollen keinerlei Veränderungen und keinerlei Veringerungen ihres Gebrauchswertes erfahren.

3. Um diese Zurücksetzung vorzubereiten, wird die deutsche Regierung der Waffenstillstandskommission schleunigst alle Rechnungsbücher, die sich auf diese Gegenstände beziehen, übermitteln; ebenso alle Verkaufs-, Miets- oder sonstigen Verträge, den gelassenen darauf bezüglichen Schriftwechsel, alle Erlaubnisse und alle amtlichen Angaben über das vorhandene, die Herkunft, die Umwandlung, den augenblicklichen Zustand und den Lagerort dieser Gegenstände.

4. Belegerte der französischen oder belgischen Regierung werden betreffs der angezeigten Gegenstände in Deutschland Feststellungen und Nachprüfungen an Ort und Stelle vornehmen lassen, wenn ihnen diese zweckdienlich erscheinen.

5. Die Rückführung wird gemäß den besonderen Weisungen erfolgen, die von den französischen und den belgischen Behörden gegeben werden und nach den von ihnen getroffenen Entscheidungen.

Inselnondere die Lager jeder Art in Paris, auf der Eisenbahn, auf Schiffen oder Werken von Treibern elektrischer Motoren oder Motoren und Schiffahrtsgeräte usw., die aus Frankreich, Belgien, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Elsaß bzw. Lothringen, Italien entnommen wurden.

Die Einreichung der in § 3 und 4 aufgezählten Auskünfte muß spätestens 15. Februar restlos erfolgt sein. Durch den § 4 sichern sich unsere Freunde, falls er zustand kommt, ein vollständiges Material und Spionagericht in Deutschland, wie es in der Weltgeschichte beispiellos dasteht.

Erzbergers Gegenforderungen an die Entente.

Wann endet die Blockade?

Trier, 18. Januar.

Beim Beginn der Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes hielt der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission eine Ansprache, deren Inhalt von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Herr Erzberger betonte, daß deutsche Volk habe die Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze des Möglichen erfüllt, dort, wo das nicht möglich war, insbesondere bei der Lieferung des Verkehrsmaterials tragen die Alliierten die Schuld. Die Nichtlieferung aller Kriegsgefangenen ist am 19. Januar beendet. Die deutsche Demobilisation ist vollständig durchgeführt. Deutschland war total zu erfüllen, dagegen haben die Alliierten das Abkommen inhaltlich verletzt. Herr Erzberger bringt dann eine Reihe von Beschwerden vor, insbesondere über die Haltung der Franzosen in Elsaß-Lothringen, wo die französische Verwaltung Maßregeln ergreife, die offenbar der Entscheidung des Friedensvertrages vorgreifen. In Abereinimmung mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau erhebt Herr Erzberger Protest gegen das Finanzabkommen, das für Deutschland eine Schuldenlast bedeutet, wie sie niemals einen Volk in einem Friedensvertrage auferlegt worden ist, geschweige denn in einem Waffenstillstandsabkommen, das die Grundlage zu einem Friedensvertrage schaffen soll.

Sum Schluß legt Staatssekretär Erzberger der Entente

drei Fragen vor: Wann wird die Blockade aufgehoben? Mit Nachdruck weist er darauf hin, daß die Ernährungs-schwierigkeiten sich mit jedem Tage vermehren. Das deutsche Volk hat es ertragen maßlos zu sein, aber es würde es nicht ertragen, brotlos zu sein. Der Hunger würde in Deutschland einen fieslichen Zustand hervorrufen, dessen Folgen auch die Alliierten nicht wünschen können. Auch ihre Völker sind nicht gefeit gegen die Weltrevolution.

Die zweite Frage betrifft das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen. Die Regelung dieser Frage wurde dem Präliminarfrieden vorbehalten. Aber die Entente weigert sich, über den Vorlieben zu unterhandeln. Daraus ergibt sich die dritte Frage: Wann soll der Präliminarfrieden unterzeichnet werden? Die Verschärfung des Waffenstillstandes ist keine Antwort. — In seinen Schlüsselausführungen beruft sich Herr Erzberger gegenüber der Gewalt des Siegers auf das Recht des deutschen Volkes auf Leben und Entwicklung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Konflikt zwischen Reich und Braunschweig ist beigelegt worden. Er war dadurch entstanden, daß der braunschweigische Reich einseitig Regierungstruppen, die Braunschweig auf der Bahn passierten, anhält und entwaffnete. Der braunschweigische Reich hat jetzt zugestanden, daß alle Transporte ungehindert passieren können, falls sie keine gegenrevolutionären Truppen enthalten.

Gegenüber neuerlichen Gerüchten von englischen Friedensangeboten im Jahre 1915, die aus Dresden stammen, erklärt die Reichsregierung, daß in keinem Zeitpunkt des Krieges die Ententeangeboten an die Deutsche Regierung mit einem Friedensangebot herangetreten sind. Die Darstellungen aus Dresden entbehren jeder Begründung.

Der Ministerwechsel in Württemberg ist eine Folge der bürgerlichen Mehrheitsgruppierung im Landtag. Der Minister des Innern Crispian und der Leiter des Militärwesens Bischoffswedel trüben sich zurückgetrieben und an ihrer Stelle zwei Bürgerliche, Dr. Lindemann und Leutnant d. R. Professor Herrmann ernannt worden.

Die seit Wochen andauernde Bewegung in den westlichen Industriezentren kann als Überwindung angesehen werden. Der Streik im Ruhrrevier gilt als beendet, nur noch ganz vereinzelt sind die Belegschaften Mittwoch und Donnerstag nicht eingetroffen. Die Parteien, darunter auch die Sozialisten, haben sich dahin geeinigt, am 19. Januar das Wahlgeschäft in keiner Weise zu fördern.

Die Erschütterung der Stellung Eisners ist unerkennbar. Man nimmt ihn in Bayern nicht mehr ernst und meist dabei auf den Widerspruch hin, der zwischen Eisners Beurteilung der Berliner Regierung und seiner eigenen Ankündigung besteht, daß er künftig der Gewalt ebenfalls Gewalt entgegenzusetzen werde. Auch die Münchener Bürger Zeitung fordert das Ende des aufstrebenden Regiments Eisners, damit nicht ähnliche Zustände wie in Berlin eintreten.

Von einer weiteren Anebelung der Presse durch die Reich wird aus Braunschweig berichtet. Der dortige Reich hat nämlich das dortige Wolff-Bureau militärisch besetzt und unter Vorzeihen gestellt. Er denunziert damit auch die Erlasse und Kundgebungen der Reichsregierung.

Der Belagerungszustand über Bremen ist vom dortigen Reich verhängt worden. Die Reichsregierung läßt hierzu folgendes erklären: „Es steht also fest, daß in Bremen unter der Diktatur der Räteregierung eine Gewalt Herrschaft aufgerichtet worden ist, die alle die Mittel zur Anwendung bringt, die in Berlin bei der Niederwerfung des Spartakus-Aufstandes durch die Regierung unter allen Umständen vernichten worden sind.“

Frankreich.

Die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener zum Wiederaufbau zerstörter Gegenden in Frankreich und Belgien hat der französische Minister rat beschlossen. Es wird sofort mit dem Aufgehob der Kriegsgefangenen begonnen werden. Ende März sollen wenigstens 200 000 Kriegsgefangene in den verunsteteten Gegenden arbeiten.

Amerika.

Über ganz Argentinien ist der Kriegszustand verhängt durch ein Gesetz des Abgeordnetenhauses. Der Grund dazu bildet der Ausbruch eines umfassenden Generalstreiks. Infolge des Streiks stehen alle Geschäftsbetriebe in Callao und Lima seit Sonntag Morgen vollkommen still. Auch die Eisenbahnen haben sich der Bewegung angeschlossen, so daß auch der Eisenbahnbetrieb zum Stillstand gekommen ist. Überall haben die Unabhängigen Minen verborgen. Zwischen Truppen und Streikenden kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Unruhen begannen mit dem Ausbruch von Arbeitern aus der Baumwollindustrie, die den achtstündigen Arbeitstag forderten und eine 50%ige Lohnverhöhung verlangten. Nach Vertreten aus Valparaiso und Santiago herrscht in diesen beiden Städten gleichfalls der Generalstreik.

Der Ammerländer

(Gespräch Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postkasten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigen-Gebühr für die einseitige Anzeigzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Ausnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unerlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Rückposten bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 17.

Westerstede, Dienstag den 21. Januar 1919.

59. Jahrgang

Die Reichsverfassung.

Wahl des Präsidenten durch das Volk.

Die neue Reichsverfassung erfüllt in vier Abschnitten mit zusammen 73 Paragraphen. Der erste Abschnitt behandelt: Das Reich und die deutschen Freistaaten, der zweite: Die Grundrechte des deutschen Volkes, der dritte: Den Reichstag, der vierte: Reichspräsident und Reichsregierung. Die Beratung dieses Verfassungsentwurfes wird die erste Arbeit der Nationalversammlung sein, die bekanntlich Anfang Februar zusammentritt.

Alle Staatsgewalt beim Volke.

Nach den Bestimmungen der 17 Paragraphen des ersten Abschnittes besteht das zukünftige Deutsche Reich aus seinen bisherigen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen wird. Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechtes an. Die Angelegenheiten, die der Reichsregierung und Reichsverfassung unterliegen, sowie diejenigen, die jenseit der Reichsregierung, aber nicht der Reichsverfassung unterliegen, sind im allgemeinen dieselben wie bisher. Interessant ist § 5, der ausdrücklich festsetzt: Reichsrecht bricht Landesrecht.

Neue deutsche Freistaaten.

Von besonderer Wichtigkeit ist § 11, denn er besagt: Dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesverträge neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reiches zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens zwei Millionen Einwohner umfassen. Die Vereinigung mehrerer Gliedstaaten zu einem neuen Freistaat geschieht durch Staatsvertrag zwischen ihnen, der der Zustimmung der Volksvertretung und der Reichsregierung bedarf. Will sich die Bevölkerung eines Landesteils aus dem bisherigen Staatsverbande lösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reiches zu bilden, so bedarf es hierzu einer Volksabstimmung.

Der Reichspräsident.

Der Reichspräsident wird vom ganzen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist. Gemäß ist, wer die Mehrheit von allen im Deutschen Reich abgegebenen Stimmen erhalten hat. Ergibt sich keine Mehrheit, so muß engere Wahl zwischen denjenigen Bewerber stattfinden, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Der Reichspräsident hat das Reich zu vertreten. Er verkündet die Gesetze, Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsregierung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages. Dem Reichspräsidenten steht die Exekutive an. Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Seine Wiederwahl ist zulässig. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und einer Anzahl von Reichsministern, die vom Reichspräsidenten ernannt werden, das Vertrauen des Reichstages bedarf und dem Reichstag gegenüber verantwortlich ist. Jeder Reichsminister trägt aber die Verantwortung selbständig für sein Ressort.

Soch gibt nach.

Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Erier, 18. Januar.

Unserer Waffenstillstandskommission ist es gelungen, eine wesentliche Milderung der Bedingungen des neuen Waffenstillstandes zu erzielen. So wurde zunächst der Termin für die Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen bedeutend hinausgeschoben. Es ist jetzt als Zeitpunkt für diese Ablieferung der 1. Juni d. J. festgelegt worden. In den Erklärungen über diesen Termin ist von Seiten der deutschen Unterhändler darauf hingewiesen worden, daß diese Erklärungen der von der Entente verlangten Maschinen überhaup nicht im Frühjahr noch gar nicht gebraucht würden, sondern erst in einer späteren Zeit, z. B. in Wägenmaschinen, Windmälmaschinen usw. Ferner ist es unseren Unterhändlern gelungen, durchzusetzen, daß keine bestimmte Anzahl der abzuliefernden Maschinen im Vertrag mehr angegeben wird, sondern nur grundsätzliche festgelegt ist, daß landwirtschaftliche Maschinen abzuliefern sind.

In den Verhandlungen über die ganze Frage der Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen ist seitens des Staatssekretärs Erberger zunächst erklärt worden, daß ihm diese Forderung der Entente völlig übertrieben und komme und daß er in keiner Weise deren Tragweite und ihre Folgen übersehen könne. Auch keine Beförderung ist es doch verlangt hatte, eine außerordentliche und erschöpfende Übersicht über den Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen und über die Möglichkeit, solche noch in Deutschland zu

reproduzieren, zu geben. Viele Ausführungen haben, wie der Erfolg zeigt, auch auf die gegnerischen Unterhändler Eindruck gemacht und es ist zur Milderung der Bedingungen gekommen. Diese Milderungen der Entente-Forderungen sind für unsere Landwirtschaft von der allergrößten Bedeutung. Sie nehmen ihr die schwerste Sorge in die sie durch die Forderung der Entente gesetzt worden war. Tatsächlich hätte ja, wenn die Entente auf ihrer Forderung bestanden hätte, die deutsche Landwirtschaft ihrem Ruin entgegengehen müssen.

Dollmatische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Verlegung des Großen Hauptquartiers. Da die Demobilisierung fast beendet ist, wird das Große Hauptquartier demnächst nach Berlin verlegt werden. Von Berlin aus dürfte sich die Oberste Seeresleitung nach dem Osten begeben, von wo Feldmarschall v. Hindenburg den Grenzschutz und die Abwicklung der Rückführung des Ostheeres in die Heimat persönlich leiten dürfte. Es werden zwei Grenzschutzbezirke geschaffen werden: ein Grenzschutz Nord in Königsberg, wozu auch Polen gehören wird, und ein Grenzschutz Süd, der von Breslau aus geleitet wird und ein Schließen umfaßt. Der Feldmarschall wird voraussichtlich mit der Obersten Seeresleitung seinen Standort im Nord-Deutsches Reich nehmen, da die Möglichkeit einer Bedrohung Ostpreußens durch Volkseigenen und die Lage in der Provinz Polen dort besondere Maßnahmen erfordern.

+ Die Nationalversammlung tagt nicht in Berlin. Die Regierung hat sich nach reiflicher Überlegung entschieden, die Nationalversammlung nicht in Berlin tagen zu lassen. Wahrscheinlich wird die Nationalversammlung in erster Linie die von süddeutschen Gebieten angehörigen Wünsche geltend machen, die darauf hinausgingen, die Konstantine an einem mehr zentral gelegenen Orte Deutschlands tagen zu lassen. Man wird also einen Ort in Mitteldeutschland zu wählen haben. Die Entscheidung dürfte gleichzeitig den Vorteil im Gefolge haben, daß die Nationalversammlung frei von Störungen arbeiten kann.

+ Die Waffenstillsetzung in Berlin hat ein überaus reiches Ergebnis gehabt. Im Generelen sind Waffenstillsetzungen für 10000 beschlagnahmt worden. Dazu kommen noch mehrere hundert Maschinengewehre, die zum erheblichen Teile aus einem ausgehenden Waffenlager stammen. Das Militär ist durch die Bewilligung auf verschiedene derartige Depots aufmerksam gemacht worden und hat dort überaus reiche Mengen von Waffen aller Art beschlagnahmt können.

+ Keine hundertstaatlichen Präsidenten. Wie verlautet, soll davon Abstand genommen werden, für die einzelnen Bundesstaaten Präsidenten zu bestellen. Die oberste Instanz der Bundesstaaten ist der dortige Ministerrat. Nur das Reich erhält einen Präsidenten als Reichsoberhaupt.

+ 140 Opfer des Berliner Spartakus-Aufstandes. Die Zahl der Toten in Berlin beläuft sich nach den bisherigen Feststellungen auf 140. Die Verurteilten von acht Toten konnten noch nicht festgestellt werden. Von den Opfern sollen 120 gemeinsam beerdigt werden.

+ Ein deutscher Protest an Rußland. Die Reichsregierung hat einen energischen Protest an Rußland gerichtet wegen der offiziellen Unterstützung der Spartakusbewegung durch Rußland. Wie die Reichsregierung erklärt, will sie keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Kräfte, die sich einer Unterstützung der außerordentlichen Bewegung schuldig gemacht haben oder noch in diesem Sinne tätig werden, auf das Schärfste vorzugehen werden wird.

Holland.

+ Kaiser und Kronprinz. In einer Unterredung, die der ehemalige deutsche Kronprinz mit einem Zeitungsvertreter hatte, erklärte ersterer u. a.: „Da die deutsche Regierung mich jederzeit in keiner Kommandobefehl wollte, ich aber nicht ohne Kommando nach Rotterdam zurückkehren konnte, ging ich nach Holland. Meiner Frau war es unmöglich, die Erlaubnis zu erhalten, mich in Bringen zu besuchen.“ Über den Kaiser und seine Pläne nach dem Krieges gefragt, antwortete der Kronprinz, er glaube, daß sein Vater als Privatmann nach Deutschland zurückkehren werde.

Rus In- und Ausland.

Berlin. Die letzten Teile der aus dem Westen noch abzuhelfenden Divisionen sind, nach Mitteilung der Obersten Seeresleitung, mit dem gestrigen Tage abgerollt.

Berlin. Die Leiche Karl Liebknechts ist vom Staatsamt zur Beerdigung freigegeben worden.

Braunschweig. Der russische Volksemitz Nadef, der nach dem Zusammenbruch der Spartakisten aus Berlin verbannt worden war, ist hier eingetroffen und hat im Schloße Wohnung genommen.

Düsseldorf. Der König von Belgien besuchte gestern die belgischen Verbände in Düsseldorf-Oberhof. Er besuchte des weiteren die Wachen an den rheinischen Brücken und begab sich sodann nach Neus zurück.

Breslau. Nach Meldungen aus Warschau ist Waderecki von Wladimir mit der Bildung eines Koalitionskabinetts beauftragt worden.

Wien. Wie hier verlautet, soll sich Nadef nach Wien begeben haben. Bis zur Stunde ließ sich eine Bestätigung des Gerüchtes noch nicht erlangen.

Genf. Nach einer Meldung aus Madrid soll Lenin angedacht in Barcelona gelandet sein.

Genf. Der hiesige Stadtrat lehnte einen Antrag auf Ablehnung eines Beileidsgramms an die Frau des erschossenen Karl Liebknecht mit allen bürgerlichen und einigen sozialistischen Stimmen ab. Antwort. Die Vereinigten Staaten haben das Gesetz betreffend das Verbot des Alkoholverkaufs, endgültig angenommen.

Von der Friedenskonferenz.

Gute Aussichten für den Völkerbund.

London, 18. Januar.

Nach einem Telegramm aus New York hat Wilson dorthin telegraphiert, daß die Aussichten für die Einigung über die Errichtung eines Völkerbundes zurecht äußerst günstig seien.

Ferner setzten die amerikanischen Journalisten in Paris bei Wilson durch, daß die Friedensverhandlungen nicht geheim geführt werden, wie es ursprünglich von Frankreich und England gewünscht wurde.

Differenzen innerhalb der Entente.

Nach Meldungen aus Brüssel hat der Ministerrat sich mit der Pariser und Geraer Konferenz beschäftigt. Belgien stützt sich durch den Beschluß, daß Belgien auf der Friedenskonferenz nur durch zwei Delegierte vertreten sein soll, benachteiligt. Der Ministerrat beschloß aus diesem Grunde, gegen den Pariser Beschluß Protest einzulegen.

Der italienische Vertreter des „Zürcher Anzeigers“ berichtet seinem Blatt, daß in Italien die Abkehr von Frankreich immer deutlicher werde. „Secolo“ wendet sich in einem Artikel entschieden gegen den französischen Siegesrausch, und noch kräftiger schießt der „Corriere della Sera“, daß sich alle Nationen gegen Frankreich auflehnen müßten. Der nächste Krieg, sagt das Blatt, an dem sich auch Italien beteiligen müßte, werde sich gegen die Annahme Frankreichs wenden.

Schreckensherrschaft in Düsseldorf.

Flucht der Behörden.

Düsseldorf, 18. Januar.

Seit zwei Wochen führen hier die Spartakisten eine wahre Schreckensherrschaft. Am Rathaus sitzt ein kommunistischer Bürgermeister. Regierungspräsident, Landeshauptmann und Oberbürgermeister sind zu den Belgiern geflüchtet. Ein bürgerlicher Demonstrationszug wurde mit Gewehrfiren auseinandergetrieben, wobei es 13 Tote gab. Die bürgerlichen Zeitungen wurden verboten und die bürgerlichen Wahlbüros zerstört. So stehen die Dinge am Vorabend des Friedens in Düsseldorf: Klassenherrschaft, Klassenjustiz, Senjur, Spandgericht, Anarchie und Säbelregiment.

Die Polen fordern Danzig.

Königsberg i. Pr., 18. Jan. Nach Meldungen aus Warschau fordern die Polen auf der Friedenskonferenz die Stadt Danzig mit dem Küstengebiet, Westpreußen, Polen und einige Kreise Pommerns.

Paderewski's Kabinett.

Warschau, 18. Jan. Der zum polnischen Ministerpräsidenten und zum Leiter des Ministeriums des Innern ernannte Paderewski hat dem Staatsoberhaupt Pilsudski die Liste der Mitglieder des neuen Kabinetts vorgelegt. Unter den Ministern befinden sich Dr. Sogin, Direktor der Bank Sadowy in Warschau (Handel und Gewerbe), und Dr. Gnakls, Direktor der polnischen Verbandsbank in Warschau (Finanzminister).

Berlin, 19. Januar. Die Gerüchte, wonach zwischen Deutschen und Polen Waffenstillstandsverhandlungen unter Teilnahme von Regierungsvertretern stattfinden, befechtigen sich nicht. Es handelt sich lediglich um lokale Verhandlungen. Zwischen Berlin und Polen findet kein Austausch statt.

Berlin, 19. Januar. Gegenüber den in der Öffentlichkeit in letzter Zeit laut gewordenen Befürchtungen, die Regierung Ebert-Scheidemann bestünde durchaus auf der Errichtung einer sozialistischen Republik, die auch etwa gegen den Willen der Nationalversammlung durchgeführt werden solle, ist die Deutsche Allgemeine Zeitung zu folgender Erklärung ermächtigt: Die Regierung Ebert-Scheidemann, die sich selbst provisorische Regierung nennt, steht fest auf dem Boden der Demokratie und will die Zukunft Deutschlands nur von dem höchsten Willen des Volkes, der in der Nationalversammlung zum Ausdruck kommt, bestimmt wissen.

Berlin, 19. Januar. Auf den ausführlichen mündlichen Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen unter Erier hat der Rat der Volksbeauftragten dem Staatssekretär Erberger seinen besonderen Dank ausgesprochen.

London, 19. Januar. Makino, der Führer der japanischen Delegation für die Friedenskonferenz erklärte in einer Unterredung, in Japan erwarte jeder Mann vertrauensvoll, daß ein gerechter Friede geschlossen wird.